

© Neue Zürcher Zeitung; 25.08.2016

Weniger Durchgangsplätze für Fahrende **Bund und Kantone sollten der Minderheit mehr Plätze zur Verfügung stellen – geschehen ist teilweise das Gegenteil** **Valerie Zaslowski (zas)**

Jenische, Roma und Sinti sorgen immer wieder für Schlagzeilen – zuletzt im Kanton Bern. Im Seeland soll ein neuer Transit- platz für ausländische Fahrende errichtet werden. Der Widerstand in der Bevölkerung ist gross.

Valerie Zaslowski, Bern

Die Situation bezüglich Stand- und Durchgangsplätzen für Fahrende (vgl. Kasten) ist unbefriedigend: Laut dem neusten Bericht, der von der Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» in Kürze herausgegeben wird und der NZZ bereits vorliegt, bestehen in der Schweiz (Herbst 2015) gemäss Umfragen 15 Standplätze – ein einziger mehr als 2010, als der letzte Bericht publiziert wurde. Nimmt man die letzten 15 Jahre als Vergleichswert, hat die Anzahl der Standplätze um 4 zugenommen (von 11 auf 15). Die Stiftung spricht in Anbetracht der langen Zeitspanne, in der sich nur wenig bewegt hat, von einem «Stillstand».

Mit Wurst und Bier protestiert

Die Entwicklung bei der Anzahl Durchgangsplätze ist laut dem Bericht noch alarmierender: Der Trend ist negativ. Die durch die Gemeinden ausgewiesene Zahl an Durchgangsplätzen für Schweizer Fahrende hat in den letzten 15 Jahren von 46 auf 31, also um rund einen Drittel, abgenommen. Seit 2010 wurden 7 zumeist kleine Durchgangsplätze aufgehoben, während deren 3 neu erstellt wurden (siehe Grafik). Im vom Bundesamt für Kultur (BAK) verfassten Gutachten «Fahrende und Raumplanung» (2001) wird ein Bedarf von rund 40 Standplätzen und 80 Durchgangsplätzen für Schweizer

Fahrende ausgewiesen. Dem wird heute bei weitem nicht entsprochen.

Den Fahrenden weht hierzulande ein eisiger Wind entgegen, vor allem den ausländischen. Erst vergangenes Wochenende wurde in der Gemeinde Meinisberg mit Wurst und Bier «gefeiert» – aus Protest gegen den geplanten Transitplatz (im weitesten Sinne ein Durchgangsplatz) für Roma. Einen solchen möchte Regierungsrat Christoph Neuhaus (svp.) im Berner Seeland errichten. Ausserdem sind weitere Durchgangsplätze für einheimische Fahrende in Muri, Erlach und Herzogenbuchsee geplant. Diese sind weithin unbestritten. Der Transitplatz hingegen würde viel Geld kosten: fast 10 Millionen Franken, während sich die Durchgangsplätze für 2,5 Millionen Franken realisieren liessen. Das Berner Parlament entscheidet in der Herbstsession über den Kredit.

Unangemessenes Verhalten

Das Geld ist aber nicht das Hauptargument, mit dem der Transitplatz verhindert werden soll. Raphael Steiner, der zusammen mit seinem Bürgerkomitee das sogenannte Solidaritätsfest im Kanton Bern organisiert hat, wird vom «Bund» mit folgenden Worten zitiert: «Ausländische Fahrende halten Grundanstandsregeln nicht ein.» Der «Fahrendenminister» Neuhaus, der seit Anfang Jahr auch die 1997 gegründete Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» präsidiert, ergänzt gegenüber der NZZ: «Fahrende sieht man am liebsten fahren.» Weshalb ist dem so?

Laut Neuhaus hinterlassen ausländische Fahrende nach ihrem Aufenthalt oftmals Abfall. Auch weigerten sich viele Roma aus kulturellen Gründen, sanitäre Anlagen zu benutzen. Sie verrichteten ihr Geschäft im Wald oder in Maisfeldern. Gerade beim Gemüse sei das problematisch, weil die Fäkalien die Ernte beeinträchtigten. Das unangemessene Verhalten einzelner ausländischer Fahrendengruppen werfe ihm Knüppel zwischen die Beine, sagt er. Der Gemeindedirektor möchte das Problem dennoch nicht mehr nur bewirtschaften, sondern lösen. Jahrzehntlang habe man die Hände verworfen. «Jetzt muss endlich etwas unternommen werden.»

Nicht nur die Kantone, sondern auch der Bund zeigt sich engagiert, um den «Fahrenden» – hierzulande seit 1998 eine anerkannte kulturelle Minderheit – die ihnen zustehenden Stand- und Durchgangsplätze zu realisieren. Laut Fiona Wigger, wissenschaftliche Mitarbeiterin des BAK, setzt sich der Bund für die Verbesserung der Lebenssituation der Schweizer Fahrenden ein. Seit 1986 richtet das BAK der «Radgenossenschaft der Landstrasse», der Selbsthilfe- und Dachorganisation der Schweizer Fahrenden, jährliche finanzielle Beiträge aus. Auch unterstützt es die Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende». 2015 ist zudem eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen worden, der verschiedene Interessengruppen angehören. Die Akteure sind an einem runden Tisch zusammengekommen und haben Massnahmen erarbeitet; der Aktionsplan des Bundes wird im Herbst dem Departement vorgelegt. «Auf Grundlage des Kulturfördergesetzes kann der Bund Massnahmen treffen, um den Fahrenden eine ihrer Kultur angemessene Lebensweise zu ermöglichen. Wir haben einen Auftrag.»

Kaschierte Vorurteile

Der Rechtsanwalt und Geschäftsführer der Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende», Urs Glaus, kritisiert den schleppenden Prozess; er fordert endlich griffige Massnahmen. Das Problem sei, dass die Fahrenden laut Bundesgerichtsentscheid zwar Anspruch auf Plätze hätten, dieser aber nicht klagbar sei. Glaus fordert vom Bund einen Sachplan für die raumplanerische Sicherung der Standorte, wie es ihn beim Militär gibt. Dieser würde die Mitwirkung der Kantone und Gemeinden und somit auch ein Referendum, mit dem sich die Stimmbürger gegen einen Umzonungsentscheid auf Gemeindeebene wehren könnten, ausschliessen. Gegen einen Waffenplatz könne sich die Bevölkerung auch auflehnen, solange sie wolle, und es bringe dennoch nichts.

Solange es an politischem Willen fehle, blieben die Fahrenden auf den Goodwill der Bevölkerung angewiesen. Und «ja, es bestehen Vorurteile», sagt Glaus. Diese würden oftmals hinter Wohlwollen kaschiert, wie kürzlich im Kanton St. Gallen

geschehen. Dort haben sich die Stimmbürger der Gemeinde Gossau am 5. Juni gegen einen geplanten Durchgangsplatz ausgesprochen – unter anderem mit dem fadenscheinigen Argument, diesen Platz könne man den Fahrenden wegen einer Starkstromleitung nicht zumuten. Mit der angeblichen Suche nach Besserem zerstöre man neue Möglichkeiten, sagt Glaus. Er ist überzeugt: Man müsse die Fahrenden erleben, ihnen eine Chance geben. Würden sie ausgegrenzt, schüre das negative Gefühle. «Vorurteile bekämpft man nicht mit Theorie, sondern mit der Praxis.»

Das Fahrenden-Lexikon

Valerie Zaslowski (zas)

- Standplätze dienen dem stationären Aufenthalt über die Wintermonate. In den Standplatzgemeinden sind die Fahrenden ganzjährig angemeldet.
- Durchgangsplätze dienen dem kurzfristigen Aufenthalt – bis zu einer Dauer von einem Monat – während der sommerlichen Reisetätigkeit.
- Transitplätze sind grosse Plätze für ausländische Fahrende. Im weiteren Sinne können die Transitplätze zu den Durchgangsplätzen gezählt werden.
- Fahrende ist der Oberbegriff für Jenische, Sinti und Roma, die eine fahrende Lebensweise pflegen.
- Jenische sind mit ihrer sesshaften oder fahrenden Lebensweise, ein konstituierendes Element ihres Selbstverständnisses, in der Schweiz, Deutschland und Österreich zu Hause. Die Schweizer Fahrenden sind mehrheitlich Jenische.
- Roma sind verschiedene Bevölkerungsgruppen mit indischer Herkunft und Sprache. Sie leben als grösste Minderheit in Europa, meist sesshaft, selten fahrend.
- Sinti oder Manouche leben in der Schweiz vor allem in der Romandie. Sie verstehen sich nicht als Roma. Teilweise haben sie sich mit den Jenischen vermischt.